

Vorwort:

Wir befinden uns in einem weiteren Treffen von Eyes on Gaza, das seit fast drei Monaten stattfindet. Wie Sie wissen, sind diese Treffen eine Kombination aus Aufklärungsarbeit – wir kommen hierher, um Einzelheiten und Informationen zu erfahren und die Perspektiven verschiedener Experten vorzustellen – und Protestaktionen gegen die aktuelle Situation, die Fortsetzung des Krieges im Gazastreifen, die anhaltenden Zusammenstöße usw. Natürlich widmen wir uns bei den meisten unserer Treffen den Geschehnissen im Gazastreifen. Doch leider ist es unmöglich, nicht auch die Geschehnisse im Westjordanland zu beobachten. Aus diesem Grund haben wir den wohl bekanntesten Rechtsexperten, Rechtsanwalt Michael Sfard, eingeladen. Er ist auf Menschenrechte spezialisiert und vertritt regelmäßig sowohl Menschenrechtsorganisationen als auch palästinensische Aktivisten und Gemeinschaften im Westjordanland vor dem Obersten Gerichtshof und anderen Gerichten. Wir werden von ihm hören, was heute parallel zum Gaza-Krieg geschieht, und wie sich die Rechtsstaatlichkeit dramatisch verschlechtert hat – wie er es formulierte: „Waffenherrschaft statt Rechtsstaatlichkeit.“ Bitte, Michael, acht Minuten, dann sind wir für Fragen da.

Vortrag:

Danke, Ido, und danke an die vielen Anwesenden. Es ist sehr überraschend und bewegend, dass sich die Leute mitten am Tag zu einem so deprimierenden Thema versammeln. Ich möchte meine Erkenntnisse über den Wandel unserer Regierung, unserer Regierungsführung und unserer Besatzung im Westjordanland mit Ihnen teilen. Ich erlebe ihn, mein Team und alle, die die Palästinenser im Westjordanland vertreten, seit dem 7. Oktober. Denn es gibt einen Wandel, einen quantitativen und qualitativen, fast philosophischen Wandel in der Art und Weise, wie die Dinge im Westjordanland gehandhabt werden. In der Rechtsphilosophie verwendet man üblicherweise zwei Begriffe, die scheinbar widersprüchlich sind: Rechtsstaatlichkeit und Herrschaft durch das Recht. Wenn Rechtsstaatlichkeit ein erhabenes Konzept ist – und verzeihen Sie den Kitsch oder die Wichtigtuerei – ein visionäres Konzept: Wenn wir alle gemeinsam die Regeln, die Normen, die uns regieren werden, hinter einem Vorhang der Unwissenheit schreiben – denn wir wissen nicht im Voraus, auf welcher Seite dieser Norm wir uns in Zukunft wiederfinden werden. Wenn also dieses System existiert und uns letztlich dieselben Normen regieren, die wir gemeinsam geschaffen haben, und diese Normen für alle gleichermaßen gelten, auch für diejenigen, die das Gesetz durchsetzen sollen, dann schaffen wir die optimale Realität, die es jedem Einzelnen von uns ermöglicht, seine Fähigkeiten zu entfalten und unsere Grundrechte als Menschen zu verwirklichen. Das ist, kurz gesagt, die theoretische, philosophische und moralische Idee der Rechtsstaatlichkeit. „Regierung durch Recht“ ist ein völlig anderes Konzept. Es geht nicht darum, die Fähigkeiten und Fertigkeiten eines Menschen zu fördern und ihm optimale Möglichkeiten zum Streben nach Glück zu bieten. Regierung durch Recht bedeutet Kontrolle. Normen dienen der Kontrolle von Menschen, damit die Menschen, damit der Staat kontrollieren, regulieren und bestimmen kann, was geschieht. Regierung durch Gesetze ist ein viel totalitäreres, viel diktatorischeres Konzept. Und die Spannung zwischen diesen beiden ist Teil dessen, womit sich die Rechtsphilosophie beschäftigt.

Seit 1967 wird in den von Israel besetzten Gebieten Regierung durch Recht praktiziert. Aber Achtung: Regierung durch Recht ist Regierung durch Recht. Das Recht wird von einem Gremium bestimmt, an dessen Ausarbeitung die Regierten nicht beteiligt sind. Sie halten sich nicht in den Korridoren auf, in denen diese Normen festgelegt werden. Dennoch gibt es Regeln, es gibt Recht. Das heißt, es gibt keine Willkür. Es gibt Regeln, und alles funktioniert nach Regeln. Die Regeln können drakonisch sein, weil die Regierten nicht an der Ausarbeitung der Gesetze beteiligt waren.

Genau das erleben wir seit etwa 50 Jahren, fast sechs Jahrzehnten, im Westjordanland, einschließlich des Gazastreifens. Doch lassen wir den Gazastreifen für den Moment beiseite. Im Westjordanland haben wir Regierung durch Recht erlebt. Das Recht ist ein Instrument zur Regierung und Kontrolle der Menschen, aber es besteht aus Regeln, Normen und nicht aus konjunkturellen, „umstandsbedingten“ Artikeln, die eine bestimmte Person unter bestimmten Umständen betreffen. Dies ermöglicht Anwälten und Juristinnen, tätig zu sein. Denn wenn man eine Norm formuliert, selbst wenn sie drakonisch ist, selbst wenn sie antiliberal und menschenrechtsfeindlich ist, aber dennoch eine Norm ist, soll sie für eine Gruppe von Fällen gelten. Dann kann man die geschaffenen Schlupflöcher ausnutzen und behaupten, dass diese Norm in einem bestimmten Fall nicht anwendbar sei. [Zum Beispiel:] „Sie wollen die Olivenhaine meines Mandanten roden, weil jemand aus dem Olivenhain heraus geschossen hat? Es gibt also eine Norm, die sich mit der Frage beschäftigt, wann es erlaubt und wann verboten ist, diesen Olivenhain zu roden, und ich behaupte, dass diese Norm in meinem speziellen Fall nicht anwendbar ist.“ Das bedeutet, dass man, wenn es Regeln gibt, immer versuchen kann, zu behaupten, dass die Regeln nicht anwendbar sind. Und manchmal haben die Regeln auch einen Schutzcharakter. Nicht alle Normen sind drakonisch.

Seit dem 7. Oktober erleben wir einen vollständigen Zerfall der Regierung durch Recht und bewegen uns hin zu einer willkürlichen Gewaltherrschaft, dem Einsatz von Schusswaffen und Gewehren. Mit anderen Worten: Die Menschen, die ein Gewehr besitzen, und die Menschen im Westjordanland, die ein Gewehr besitzen, sind fast ausschließlich Israelis, israelische Staatsbürger, die Gewehre vom israelischen Sicherheitsminister [Itamar Ben-Gvir] oder von der Armee und Soldaten erhalten haben. Viele der Empfänger, Zivilisten, wurden übrigens nach dem 7. Oktober Soldaten. Diese Menschen, die kamen und kleine palästinensische Gemeinden terrorisierten, indem sie einfach einbrachen, schlugen, stahlen und schmuggelten, tun dies jetzt in Uniform und mit Waffen. Was wir seit dem 7. Oktober erleben, ist ein kontinuierlicher Prozess, in dem die alten Regeln außer Kraft gesetzt sind. Ich [als Anwalt] mache weiterhin dasselbe wie vor dem 7. Oktober: Ich wende mich an den Rechtsberater des Militärs. Ich sage ihm: „Hören Sie, hier sind Soldaten und haben den Leuten die Überwachungskameras weggenommen, die sie installiert hatten, damit sie alarmiert wären, wenn Siedler kämen und ihr Dorf überfallen würden. Es gibt keine Norm, keine Regel, kein Prinzip, das es Soldaten erlaubt, die Kameras zu konfiszieren.“ [Und] entweder bekomme ich keine Antwort, oder sie sagen mir: „Wir wissen, dass es falsch ist, aber wir können nicht viel tun, weil die Situation im Moment so ist.“ Oder sie rechtfertigen es völlig und sagen, dass es jetzt keine Regeln mehr brauche, weil der Kommandant vor Ort entschieden habe, dass dies getan werden müsse, also müsse dies getan werden.

So sehen wir die wahnsinnige Gewalt von Sheriffs. Und genau das ist es, was ein Sheriff ausmacht. Was ist ein Sheriff? Er regiert nicht durch Gesetze. Ein Sheriff regiert mit Waffe und Stock. Im gesamten Westjordanland gibt es viele Sheriffs, die mit ihren Leuten in die Gemeinden eindringen – meist die kleinsten und abgelegensten, aber langsam auch in immer größere palästinensische Gemeinden – und natürlich ohne jegliche rechtliche Grundlage enorme Gewalt ausüben. Sie zwingen diese Gemeinden, insbesondere die kleinsten, zur Flucht. Ob wir nun nicht in der Lage sind zu evakuieren oder ob wir in der Lage sind zu evakuieren, die Behörden haben keine zufriedenstellende Antwort. Sie sagen nicht: „Das ist nicht richtig, wir werden die organisierte Macht des Staates nutzen, um diese Menschen an ihre Plätze zurückzubringen und diejenigen zu verfolgen, die diese Taten begangen haben.“ Definitiv nicht. Diese Ära ist vorbei. Und so stehe ich als Anwalt vor einer Situation, die ich noch nie zuvor erlebt habe. Ich war mit einem Regime konfrontiert, das durch das Gesetz diktatorisch, drakonisch, diskriminierend und Apartheid war und das Interesse hatte, eine Bevölkerung gegenüber einer anderen zu bevorzugen. Aber es gab immer noch Normen, und ich wusste, wie ich mich darin zurechtfinden musste, oder ich versuchte, innerhalb dieser Normen zu navigieren und meine Klienten in diesem bösartigen Regime so gut wie möglich zu schützen. Aber heute gibt es keine Normen mehr, und sobald es keine Normen mehr gibt, macht jeder, was er will, je nach der Waffe, die er in der Hand hält.

Laut B'Tselems Zählung gibt es 60 oder 70 palästinensische Gemeinden – je nach Zählweise, manchmal sind die Gemeinden aufgeteilt – aus den Randgebieten des Westjordanlands, die seit dem Oktober 2023 vertrieben wurden. Und wir erleben, wie Menschen in großem Umfang der Zugang zu landwirtschaftlichen Flächen verweigert wird, obwohl dies lediglich auf Initiative der Bevölkerung vor Ort geschieht. Jemand errichtet einen Kontrollpunkt oder steht mit einem Gewehr da und lässt die Leute nicht durch. Natürlich kann man vor das Oberste Gericht gehen, aber nicht jeden Fall kann man vor das Oberste Gericht bringen. Und selbst wenn das Oberste Gericht etwas entscheidet, wird es nicht unbedingt vor Ort umgesetzt. Und wenn man sich dann beschwert, dass es nicht umgesetzt wird, heißt es: „Geht zurück zum Obersten Gericht.“ Mit anderen Worten: Es gibt nicht mehr das Mindestmaß an Rechtsstaatlichkeit, das wir früher hatten.